

**Kasten 1****Zu den wirtschaftspolitischen Plänen des zukünftigen US-Präsidenten**

Der gewählte US-Präsident Donald Trump hat im Wahlkampf und in den ersten Wochen nach der Abstimmung die Umsetzung weitreichender wirtschaftspolitischer Initiativen angekündigt.<sup>a</sup> Ein zentrales Element der zukünftigen amerikanischen Wirtschaftspolitik soll demnach eine umfangreiche Steuerreform<sup>b</sup> darstellen, die den Grenzsteuersatz sowohl für Private als auch für Unternehmen deutlich senken würde. So sind bei der privaten Einkommensteuer u. a. eine Reduzierung der Steuergruppen und -sätze sowie eine Erhöhung der Steuerfreibeträge vorgesehen. Für Unternehmen soll die Einkommensteuer von derzeit 35% auf 15% gesenkt werden. Einer Analyse des unabhängigen Forschungsinstituts Tax Policy Center zufolge würde diese Maßnahmen die Einnahmen des Bundes im Verlauf der nächsten zehn Jahre um 6,2 Billionen Dollar und in der folgenden Dekade um weitere 8,9 Billionen Dollar reduzieren (unter Vernachlässigung zusätzlicher Zinskosten und ohne makroökonomische Effekte).<sup>c</sup> Zum Vergleich: Die Einnahmen des Bundes lagen 2015 bei 3,25 Billionen Dollar, d.h. der Plan würde die Einnahmen alleine in den ersten zehn Jahren um einen Betrag reduzieren, der knapp den zweifachen bisherigen Jahreseinnahmen entspricht. In Konsequenz würde die Staatsverschuldung massiv steigen – laut Tax Policy Center um 22,1 Billionen Dollar bis 2036 – falls nicht gleichzeitig entsprechende Kürzungen bei den Ausgabenpositionen vorgenommen werden. Da der designierte Präsident allerdings mit der Sozialversicherung und der Krankenversicherung Medicare bereits zwei große Ausgabenbereiche von etwaigen Kürzungen ausgenommen hat und zudem die Militärausgaben erhöhen möchte, dürfte eine deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung kaum zu vermeiden sein. Neben höheren Militärausgaben sind auch zusätzliche Infrastrukturinvestitionen im Umfang von 550 Mrd. Dollar, Deregulierung im Finanzsektor und ein Programm zur Förderung der heimischen Energieindustrie vorgesehen.

In der Handelspolitik hat sich der zukünftige Präsident klar gegen einen weitergehenden Ausbau des internationalen Freihandels ausgesprochen. Zum einen hat er angekündigt, Freihandelsabkommen zu stoppen. So soll das bereits ausgehandelte Abkommen mit mehreren Pazifikanrainern (Trans-Pacific Partnership – TPP) nicht umgesetzt und das transatlantische Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) nicht abgeschlossen werden. Darüber hinaus sollen die Konditionen des Abkommens mit Kanada und Mexiko (North American Free Trade Agreement – NAFTA) neu verhandelt werden. Zum anderen sollen Strafzölle auf Importe aus Ländern wie Mexiko und China erhoben werden.

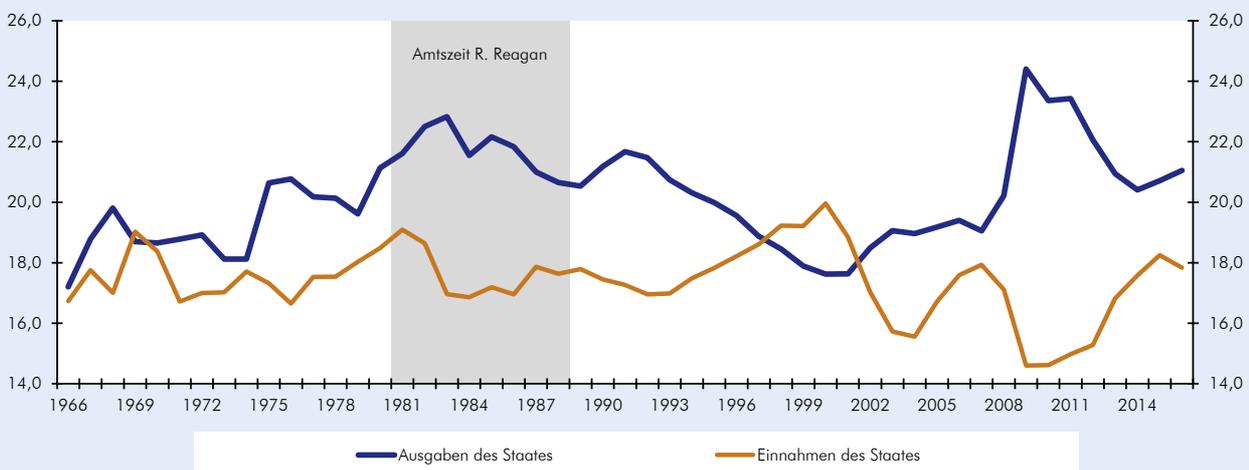
Die beschriebenen Maßnahmen dürften sich kurzfristig stimulierend auf die US-Wirtschaft auswirken. Steuersenkungen für Unternehmen dürften die privaten Investitionen anregen. Diese dürften darüber hinaus auch von der geplanten Förderung der inländischen Energieindustrie mit einhergehenden niedrigeren Energiepreisen profitieren. Gleichzeitig erhöhen die Steuersenkungen für Private deren verfügbare Einkommen und den Konsum. Und die angestrebten Infrastrukturausgaben gehen direkt in das Bruttoinlandsprodukt ein.

**Abbildung 6**

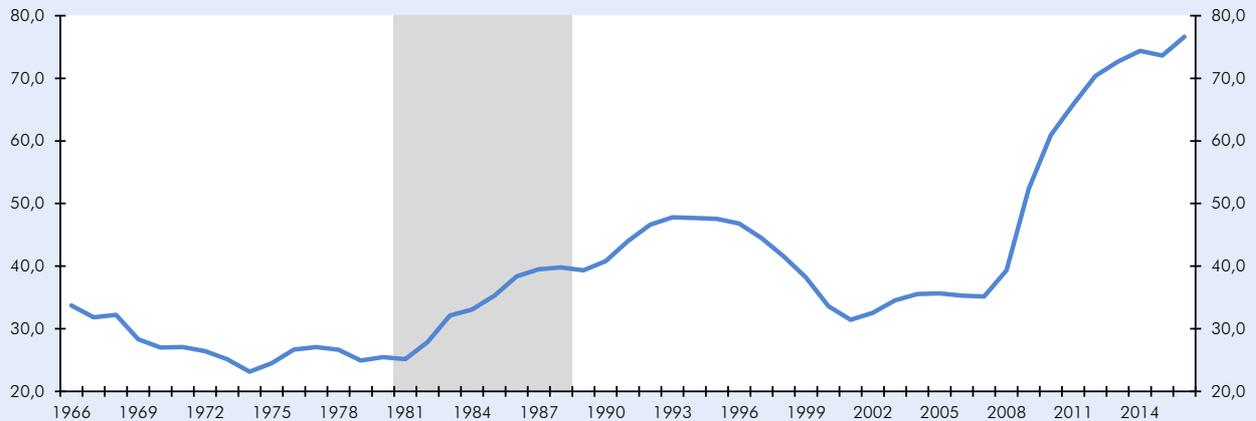
Die wirtschaftliche Lage in den USA während der Reagan-Präsidentschaft im Vergleich zur aktuellen Lage

**Einnahmen und Ausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt**

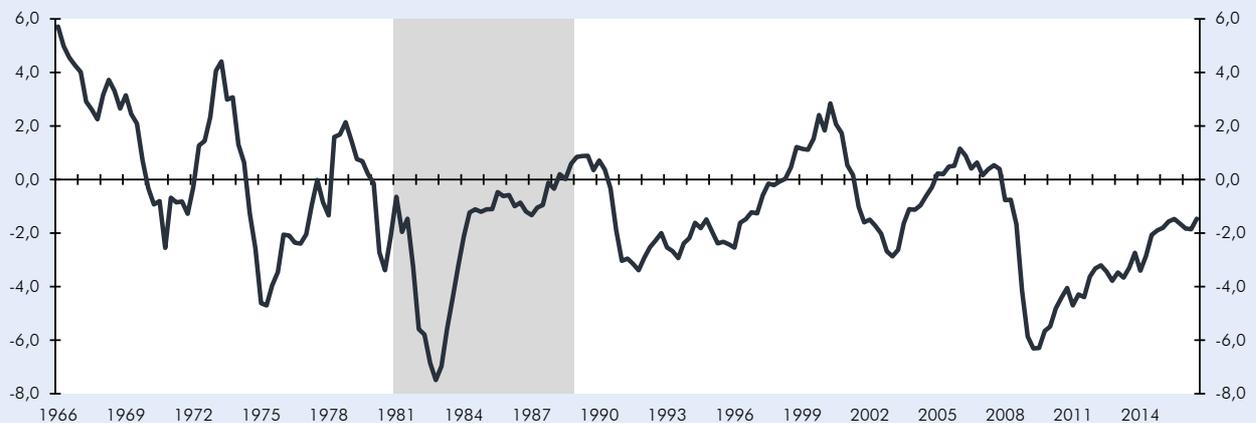
in %



### Verschuldung des Staates<sup>1</sup> in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %



### Produktionslücke in Relation zum Produktionspotenzial in %



<sup>1</sup> Dabei sind nur die Verbindlichkeiten des Staates gegenüber Dritten eingerechnet, d. h. nicht berücksichtigt ist die zwischen verschiedenen öffentlichen Institutionen bestehende Verschuldung.  
Quellen: Congressional Budget Office (CBO), Werte für 2016 basierend auf Schätzungen des CBO; Federal Reserve Bank of St. Louis.

Während höhere Investitionen und Infrastrukturausgaben für sich genommen grundsätzlich das Produktionspotenzial anheben, dürften sich gleichzeitig aber auch langfristig negative Effekte für das Wirtschaftswachstum in den USA ergeben. So dürfte die massive Zunahme der Staatsverschuldung die Finanzierungskosten des Staates und auch das allgemeine Zinsniveau erhöhen, was die Unternehmensinvestitionen behindern dürfte. Außerdem müssten die Ausgaben des Staates an anderer Stelle stark zurückgefahren werden. Da der gewählte Präsident die Sozial- und die Krankenversicherung bereits von Kürzungen ausgenommen hat, müssten die Ausgabenreduzierungen in anderen Bereichen, die für langfristiges Wirtschaftswachstum besonders wichtig sind, dann überproportional hoch ausfallen, worunter z. B. Forschung, Bildung und allgemeine Infrastrukturausgaben fallen dürften.

Darüber hinaus befinden sich die USA derzeit in einem Aufschwung ein wesentlicher Unterschied zu der Situation, in der Präsident Reagan in seiner Amtszeit ähnliche Maßnahmen umsetzte. Abbildung 6 zeigt die Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung des Staates sowie die Produktionslücke für die USA. Zu Beginn seiner Amtszeit (1981-1989, grau schattiert) sah sich Präsident Reagan mit einer negativen Produktionslücke konfrontiert, die zudem in den ersten beiden Jahren noch deutlich größer wurde. Gleichzeitig war die Verschuldung des Staates auf einem sehr niedrigen Niveau (1981: 25,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) und damit der Spielraum für expansive Maßnahmen deutlich größer.

<sup>a</sup> Vgl. <https://www.donaldjtrump.com/press-releases/fact-sheet-donald-j-trumps-pro-growth-economic-policy-will-create-25-milli>. – <sup>b</sup> Vgl. <https://www.donaldjtrump.com/policies/tax-plan>. – <sup>c</sup> Vgl. <http://www.taxpolicycenter.org/publications/analysis-donald-trumps-revised-tax-plan/full>.